



OPEN GOVERNMENT PARTNERSHIP

Open
Government
Partnership



OFFENHEIT
TEILHABE
VERANTWORTUNG

OPEN GOVERNMENT DECLARATION¹

ERKLÄRUNG ZUM OFFENEN REGIERUNGS- UND VERWALTUNGSHANDELN

Als Teilnehmer der Open Government Partnership verpflichtet den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption und sonstiger anwendbarer internationaler Instrumente zu Menschenrechten und Good Governance:

ERKENNEN WIR AN, dass Menschen weltweit ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln fordern. Sie verlangen mehr bürgerschaftliche Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten und suchen nach Wegen, die Transparenz, Bürgerfreundlichkeit, Rechenschaftslegung und Effektivität ihrer Regierungen und Verwaltungen zu verbessern.

ERKENNEN WIR AN, dass die Bemühungen um ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten sind und dass jeder von uns einen Ansatz verfolgt, der den jeweiligen nationalen Prioritäten, Gegebenheiten und Bürgererwartungen entspricht.

SEHEN WIR uns in der Verantwortung, die Gelegenheit zu ergreifen, uns verstärkt für die Förderung von Transparenz, die Bekämpfung von Korruption, die Stärkung der Rolle der Bürger und die Nutzung der Möglichkeiten neuer Technologien einzusetzen und das Regierungs- und Verwaltungshandeln so effektiver und nachvollziehbarer zu gestalten.

HALTEN WIR den Wert der Offenheit im Austausch mit den Bürgern aufrecht, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern, öffentliche Mittel zu verwalten, Innovation zu fördern und ein sicheres gesellschaftliches Umfeld zu schaffen. Wir verschreiben uns den Grundsätzen von Transparenz und Open Government mit Blick auf die Stärkung des materiellen und immateriellen Wohlstands sowie der Achtung der Menschenwürde in unseren eigenen Ländern und in einer zunehmend vernetzten Welt.

GEMEINSAM ERKLÄREN WIR UNSEREN EINSATZ FÜR:

die Verbesserung der Verfügbarkeit von Informationen über das Regierungs- und Verwaltungshandeln. Staatliche Stellen sammeln und erfassen Informationen im Interesse der Menschen, und die Bürger haben wiederum das Recht, nach Informationen zu den Tätigkeiten staatlicher Stellen zu fragen. Wir setzen uns dafür ein, einen besseren Zugang zu Informationen und die Offenlegung der Tätigkeiten von Regierung und Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen zu fördern. Wir legen uns fest, unsere Bemühungen zu verstärken, Daten zu den Ausgaben und Leistungen staatlicher Stellen in Bezug auf grundlegende öffentliche Dienstleistungen und Tätigkeiten systematisch zu erfassen und zu veröffentlichen. Wir setzen uns dafür ein, hochwertige Informationen, einschließlich Rohdaten, proaktiv zeitgerecht bereitzustellen und dies in Formaten, die von der Öffentlichkeit leicht zu finden, verstehen und nutzen sind, und eine Wiederverwendung ermöglichen. Wir legen uns fest, Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln zu gewähren, sollten Informationen oder entsprechende Unterlagen unrechtmäßig zurückgehalten werden, einschließlich durch effektive Kontrolle des Beschwerdeverfahrens. Wir erkennen die Bedeutung offener Standards für den Zugang der Zivilgesellschaft zu öffentlichen Daten sowie für die Interoperabilität staatlicher Informationssysteme an. Wir setzen uns dafür ein, eine Rückmeldung der Öffentlichkeit anzustreben, um die Informationen zu identifizieren, die den größten Nutzen für diese haben, und wollen ihre Anregungen so weit wie möglich berücksichtigen.

die Unterstützung der bürgerschaftlichen Teilhabe. Wir schätzen die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie öffentliche Teilhabe aller Menschen an Entscheidungsfindung und Politikformulierung. Die Einbindung der Öffentlichkeit, einschließlich der vollen Teilhabe von Frauen, steigert die Effektivität staatlicher Stellen, da diese von den Kenntnissen, Ideen und der Aufmerksamkeit der Bevölkerung profitieren. Wir setzen uns dafür ein, Entscheidungsfindung und Politikformulierung transparenter zu gestalten, Kanäle zur Gewinnung von Anregungen aus der Öffentlichkeit zu schaffen und zu nutzen und die öffentliche Teilhabe an der Entwicklung, Überwachung und Evaluierung des Regierungs- und Verwaltungshandelns zu vertiefen. Wir legen uns fest, die Arbeit von gemeinnützigen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Übereinstimmung mit unserem Bekenntnis zur Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu schützen. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu

schaffen, die eine stärkere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen ermöglichen.

höchste Maßstäbe an berufliche Integrität in unseren Verwaltungen. Verantwortungsvolles Regierungs- und Verwaltungshandeln bedarf hoher ethischer Maßstäbe und Verhaltensregeln für die öffentlich Bediensteten. Wir engagieren uns für tragfähige Strategien, Mechanismen und Verfahren zur Korruptionsbekämpfung, für Transparenz in der Verwaltung von öffentlichen Mitteln und Beschaffungen und für die Stärkung des Rechtsstaats. Wir setzen uns dafür ein, einen Rechtsrahmen für die Veröffentlichung der Einnahmen und Vermögensverhältnisse nationaler, hochrangiger Amtsträger aufrechtzuerhalten beziehungsweise zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein Regeln zum Schutz von Whistleblowern einzuführen und anzuwenden. Wir setzen uns dafür ein, Informationen zu den Aktivitäten und der Effektivität unserer Stellen für Korruptionsprävention und -bekämpfung sowie zu den Verfahren für die Inanspruchnahme dieser Stellen der Öffentlichkeit verfügbar zu machen, unter Wahrung der Vertraulichkeit bestimmter Informationen der Vollzugsbehörden. Wir legen uns fest, die Maßnahmen zur Abschreckung vor Bestechung und anderen Arten von Korruption im öffentlichen wie im privaten Sektor auszubauen und diesbezüglich Informationen und Fachkenntnisse auszutauschen.

die Verbesserung des Zugangs zu neuen Technologien für Offenheit und Rechenschaftslegung. Neue Technologien ermöglichen die gemeinsame Nutzung von Informationen, öffentliche Teilhabe und Zusammenarbeit. Wir möchten diese Technologien verstärkt dazu nutzen, Informationen so zu veröffentlichen, dass die Öffentlichkeit sowohl das Regierungs- und Verwaltungshandeln verstehen als auch Entscheidungen beeinflussen kann. Wir setzen uns dafür ein, sichere und zugängliche Bereiche im Internet zu entwickeln, wie Plattformen zur Bereitstellung von Dienstleistungen, der Einbindung der Öffentlichkeit und dem Austausch von Informationen und Ideen. Wir erkennen die Herausforderung, die ein gerechter und finanzierbarer Zugang zu Technologie darstellt, und legen fest, uns um eine bessere Vernetzung, online wie mobil, zu bemühen und gleichzeitig alternative Wege für die bürgerschaftliche Teilhabe zu ermitteln und deren Nutzung zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, die Zivilgesellschaft und Unternehmen in die Ermittlung effektiver Verfahren und innovativer Ansätze für einen wirksamen Einsatz neuer Technologien einzubinden, um die Menschen zu mehr Teilhabe zu befähigen und das Regierungs- und Verwaltungshandeln transparenter zu machen. Wir erkennen außerdem, dass ein besserer Zugang zu Technologien auch eine Unterstützung der staatlichen Stellen und der Bürger bei der Anwendung dieser bedingt. Wir setzen uns dafür ein, die Nutzung technischer Innovationen durch öffentlich Bedienstete und Bürger zu unterstützen und zu fördern. Wir verstehen Technologie als Ergänzung und nicht als Ersatz für klare, verwertbare und nützliche Informationen.

Wir erkennen an, dass offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln ein Prozess ist, der anhaltendes und nachhaltiges Engagement erfordert. Wir setzen uns dafür ein, öffentlich über Maßnahmen zur Umsetzung der in dieser Erklärung enthaltenen Grundsätze zu berichten, die Öffentlichkeit in die Umsetzung dieser Maßnahmen einzubinden und unsere Bekenntnisse im Falle neuer Herausforderungen und Möglichkeiten anzupassen.

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und dazu beitragen, offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in anderen Ländern zu fördern, indem wir bewährte Verfahren und Fachkenntnisse austauschen und die in dieser Erklärung enthaltenen Bekenntnisse unverbindlich und freiwillig erfüllen. Unser Ziel ist nicht die Festlegung von Standards als Voraussetzung für Zusammenarbeit, Unterstützung oder die Einstufung von Ländern, sondern die Förderung von Innovation und Fortschritt. Wir betonen die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes und der Verfügbarkeit von technischer Unterstützung zum Aufbau von Kapazitäten und Strukturen für die Förderung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns.

Wir verpflichten uns, für diese Grundsätze international einzutreten und weiter eine globale Kultur des Open Government zu fördern, in der die Ideale eines offenen und partizipativen Regierungs- und Verwaltungshandelns im 21. Jahrhundert verwirklicht werden – mit den Bürgern und für die Bürger.

¹ Nicht-amtliche Übersetzung der Erklärung des Jahres 2011.

WAS IST DIE OGP?



In weniger als fünf Jahren ist die Open Government Partnership (OGP) von acht Staaten auf fast 70 gewachsen. Die teilnehmenden Regierungen setzen sich zusammen mit der Zivilgesellschaft für Transparenz, die Stärkung der Rolle der Bürger, Korruptionsbekämpfung und die Nutzung neuer Technologien ein, um das Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verbessern. Die OGP ist zu einer globalen Bewegung von Reformern geworden, die versuchen, ihre Regierungen effektiver und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Herzstück der Teilnahme an der OGP sind die nationalen Aktionspläne (NAP), die in den einzelnen Staaten gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt

werden. Die Aktionspläne setzen den politischen Willen, den die Staaten mit der Teilnahme an der OGP kundtun, in konkretes Handeln um. Sie beinhalten konkrete Verpflichtungen für bessere Transparenz, Rechenschaftslegung und öffentliche Teilhabe. Diese Verpflichtungen werden einer unabhängigen Prüfung unterzogen. Die OGP ermutigt Reformer, Public-Policy-Innovationen und neue Technologien für eine bessere Verwaltungskultur und mehr Bürgerfreundlichkeit zu nutzen.

Das Modell der OGP ist einzigartig. Als eine auf Zusammenarbeit ausgerichtete, freiwillige Partnerschaft setzt sie auf die Kraft der Idee. Weder legt die OGP bestimmte Offenheitsstandards

fest, die von den Staaten erfüllt werden sollen, noch gibt sie konkrete Sektoren vor. Stattdessen soll ihr bewusst kontextspezifischer Ansatz die Regierungen und Bürger der einzelnen Staaten zusammenbringen, damit sie eigene Reformziele formulieren. Regierungen und Bürger werden ermutigt, in Bezug auf die dringlichen Herausforderungen im Bereich Public Policy Veränderungen zu wagen und dabei voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu inspirieren. Dieser Fokus auf große Ideen ist Antrieb für die fast 2.500 Verpflichtungen, die seit der Gründung der OGP im Jahr 2011 in über 110 Aktionspläne Eingang gefunden haben.



TEILNAHME AN DER OGP

Für die Teilnahme einer Regierung an der OGP sind mehrere Schritte nötig. Für Staaten, die die Eignungskriterien der OGP bereits erfüllen, ist das Verfahren ganz einfach. Staaten, die die Kriterien noch nicht erfüllen, müssen sich zunächst durch Reformen für die Teilnahme qualifizieren. Die OGP Support Unit berät Regierungen, welche Schritte sie unternehmen sollten, damit sie die Eignungskriterien erfüllen.



Stärkung der ökologischen

Demokratie: **CHILE** beschleunigt den regionalen Fortschritt bei der Umsetzung des Grundsatzes 10 der Rio-Erklärung von 1992 durch ein neues nationales und regionales bürgerorientiertes Programm, welches das Recht der Bürger auf Informationen, öffentliche Teilhabe und Zugang zu Gerichten in Umweltfragen stärkt. ★

FÜR DIE TEILNAHME AN DER OGP MÜSSEN REGIERUNGEN:



die Eignungskriterien der OGP in vier Bereichen erfüllen: fiskalische Transparenz, Informationszugang, Offenlegung der Vermögensverhältnisse von öffentlich Bediensteten und bürgerschaftliches Engagement.



den Vorsitzenden des OGP-Lenkungsausschusses eine Absichtserklärung für die Teilnahme übermitteln. Diese muss von einem hochrangigen politischen Vertreter unterzeichnet sein und ein Bekenntnis der Regierung zu den Grundsätzen der Open Government Declaration beinhalten.



ein federführendes Ministerium bestimmen und einen nationalen Aktionsplan ausarbeiten.



den unabhängigen Berichtsmechanismus (IRM) der OGP anerkennen.

TEILNAHME ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN:

Es gibt kein offizielles Verfahren für die Teilnahme der Zivilgesellschaft an der OGP. Einzelne Personen und Organisationen können auf folgende Weise mitwirken:



Erfüllung der Eignungskriterien: Sollten Sie in einem Land arbeiten, das noch nicht Teil der OGP ist, unterstützen Sie die Regierung bei der Erfüllung der Eignungskriterien, und setzen Sie sich für eine Bewerbung ein.



Ausarbeitung nationaler Aktionspläne: Helfen Sie Ihrer Regierung bei der Ausarbeitung ehrgeiziger NAP, die große gesellschaftliche Herausforderungen angehen und das Potenzial haben, positive Veränderungen im Leben der Bürger herbeizuführen.



Umsetzung der Verpflichtungen: Teilen Sie Ihre Kenntnisse und Erfahrungen mit Regierungsvertretern, um diese bei der Umsetzung der Verpflichtungen zu unterstützen.



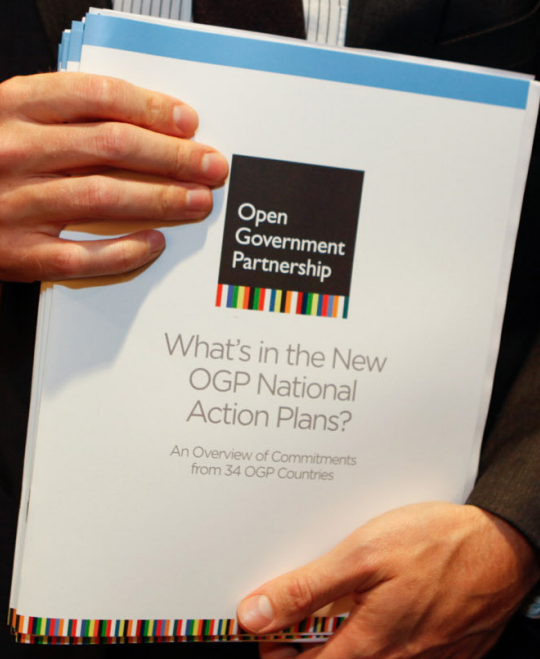
Leistungsbewertung: Beteiligen Sie sich am IRM oder der Selbstbewertung der Regierung, oder schreiben Sie eigene Bewertungen.



Mitwirkung am Lernprozess: Arbeiten Sie mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungen innerhalb des weltweiten OGP-Netzwerks zusammen, und unterstützen Sie diejenigen, die Ihre Fachkenntnis benötigen.



Machen Sie weiter: Gehen Sie mit der OGP Ihr nächstes Ziel an.



NATIONALE AKTIONSPLÄNE

Für die Teilnahme an der OGP müssen Regierungen zusammen mit der Zivilgesellschaft nationale Aktionspläne (NAP) erarbeiten. Jeder NAP sollte konkrete, ehrgeizige Verpflichtungen zur Verbesserung von Transparenz, Rechenschaftslegung und der öffentlichen Teilhabe beinhalten; Verpflichtungen also, die echte Probleme angehen und positive Veränderungen im Leben der Bürger bewirken.

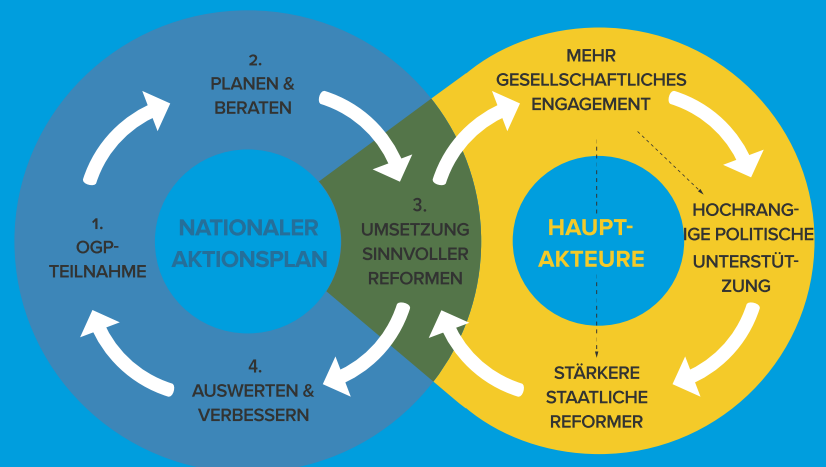
Mit dem NAP wird aus politischem Willen konkrete Politik. Hierzu finden idealerweise zunächst mehrere Runden offener Konsultationen statt, in denen alle interessierten Parteien eingeladen sind, ihre Vorschläge für bestimmte Verpflichtungen zu präsentieren und zu diskutieren. Nach einer Priorisierung sollte der endgültige NAP 5 bis 15 Verpflichtungen umfassen, die auf Vorschlägen der Zivilgesellschaft sowie verschiedener Behörden beruhen.

Die OGP ermutigt die Staaten zu einem anhaltenden Dialog mit der Zivilgesellschaft, so dass sie während des gesamten nationalen OGP-Zyklus aktiv zusammenarbeiten: zunächst bei der gemeinsamen Erarbeitung des NAP, dann bei dessen Umsetzung, und schließlich im Rahmen der Überprüfung und Bewertung.

Alle zwei Jahre wird ein neuer NAP erarbeitet, in den die Erfahrungen aus dem vorangehenden Zyklus sowie neue Beiträge der Zivilgesellschaft und die Empfehlungen des unabhängigen Berichtsmechanismus (IRM) einfließen sollen. Der neue NAP sollte ein Lernerlebnis darstellen und auf ehrgeizigere Reformen, größeres bürgerschaftliches Engagement und eine tatkräftigere Umsetzung von Maßnahmen abzielen.

BESONDERE VERPFLICHTUNGEN ★

In dieser Broschüre finden Sie bestimmte Verpflichtungen, die von dem IRM mit einem Stern versehen wurden. Hierbei handelt es sich um Verpflichtungen, die konkret und messbar sowie unabdingbar sind für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Transformationspotenzial haben und zum Zeitpunkt der Bewertung zu einem wesentlichen Teil oder komplett umgesetzt sind.



DER UNABHÄNGIGE BERICHTSMECHANISMUS

Der unabhängige Berichtsmechanismus (IRM) überprüft die Regierungen bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen und ermöglicht es den beteiligten Akteuren, die Fortschritte im Bereich der OGP in den einzelnen Staaten zu verfolgen. Hierzu werden zu den nationalen Aktionsplänen umfassende, unabhängige Berichte verfasst.

Für die Ausarbeitung der Berichte bewerten nationale Sachverständige die Regierungen in Bezug auf die Entwicklung und Umsetzung ihrer NAP und die Einhaltung der Open-Government-Prinzipien. Zudem geben sie Empfehlungen für technische Verbesserungen ab.

Jeder IRM-Bericht durchläuft strenge Qualitätskontrollen. Die an der OGP beteiligten Akteure aus Regierung und Zivilgesellschaft sind dazu eingeladen,

Nachweise und Fortschrittsanalysen einzureichen, doch die endgültige inhaltliche Entscheidung liegt beim IRM. Dieses Verfahren ermöglicht es, die Stärke und Integrität der OGP zu wahren, und stellt sie als eine einzigartige Governance-Initiative heraus.

Die IRM-Berichte sollen in die Ausarbeitung der jeweils folgenden NAP einfließen, den Dialog zwischen Regierungen und Bürgern anregen und die Rechenschaftslegung fördern.

Der IRM wird vom internationalen Expertengremium überwacht, einer Gruppe technischer Sachverständiger, die sich mit Fragen des Open Government beschäftigen. Er besteht aus einem kleinen Team mit Sitz in Washington, D.C. Alle Berichte und Daten des IRM sind im offenen Datenformat öffentlich einsehbar.



Nachverfolgung der Gelder: Damit die Regierung stärker für die Verwendung von Steuergeldern verantwortlich gemacht werden kann, schafft die Regierung in **ITALIEN** Werkzeuge, damit die Bürger öffentliche Ausgaben besser verstehen und nachverfolgen können. ★





ÜBER UNS

LENKUNGSAUSSCHUSS

Der OGP-Lenkungsausschuss gibt die Gesamtstrategie der Partnerschaft vor. Er hat auch die Aufsicht über die Support Unit. Mit seinen 22 Mitgliedern, darunter 11 Regierungsvertreter und 11 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, spiegelt er den OGP-Grundsatz der Mitentscheidung und Zusammenarbeit wider. Der Lenkungsausschuss wechselt einmal im Jahr, wodurch neue Mitglieder die Möglichkeit erhalten mitzuwirken. Er hat vier Vorsitzende. Dabei wird genau darauf geachtet, dass alle Regionen, Geschlechter und Sektoren gleichermaßen vertreten sind.

Der Lenkungsausschuss trifft sich mindestens dreimal im Jahr, einmal davon auf Ministerebene, um Maßnahmen, Programme und Verfahren zu beschließen. Daneben tragen die Mitglieder des Lenkungsausschusses entscheidend zum Auftrag der OGP bei, indem sie Kollegen über berufliche Netzwerke und diplomatische Wege ermutigen, sich stärker in der OGP zu engagieren.

SUPPORT UNIT

Die OGP wird von einem ständigen Sekretariat unterstützt, der OGP

Support Unit und dem IRM, das die Kernpunkte des Arbeitsprogramms gestaltet und umsetzt (Unterstützung und Austausch, zivilgesellschaftliches Engagement, Lernen und Erfolg, IRM, Arbeitsabläufe und externe Kommunikation). Die Support Unit betreut auch die Beziehungen mit multilateralen Partnern und Geldgebern und steht dem Lenkungsausschuss sowie der Partnerschaft insgesamt in strategischen und administrativen Fragen zur Seite. Unter anderem plant und veranstaltet sie Treffen des Lenkungsausschusses und der Unterausschüsse, hilft bei der Organisation weltweiter und regionaler OGP-Veranstaltungen, organisiert die jährlichen Wahlen zum Lenkungsausschuss, aktualisiert jährlich die Punktzahlen für die OGP-Eignung und führt alle offiziellen Schriftwechsel und Dokumente der OGP.


Die Support Unit wird von einem Chief Executive Officer (CEO) geleitet, der für die generelle Umsetzung der Strategie und des Programms der OGP zuständig ist. Der CEO verwaltet die Support Unit, in der etwa 30 Personen aus 15 verschiedenen Nationen zusammenarbeiten.

OGP-BOTSCHAFTER

OGP-Botschafter sind international erfahrene Persönlichkeiten, die sich für die weltweite Open-Government-Bewegung einsetzen. Ihre Aufgabe ist es, die Bekanntheit der OGP zu steigern, ihre Glaubwürdigkeit zu schützen und ihre langfristige Entwicklung zu fördern. Die derzeitigen OGP-Botschafter sind Winnie Byanyima (Executive Director bei Oxfam International) und Mo Ibrahim (Gründer und Vorsitzender der Mo Ibrahim Foundation).

UNSERE FINANZIERUNG

Das Finanzierungsmodell der OGP spiegelt die Partnerschaft zwischen Staat und Zivilgesellschaft wider. Die OGP wird zu etwa gleichen Teilen von philanthropischen Stiftungen und staatlichen Geldgebern gefördert. Stiftungen gewähren der OGP eine mehrjährige Förderung. Die teilnehmenden Regierungen unterstützen die OGP durch ihre jährlichen Beiträge und mehrjährige Fördergelder von bilateralen Hilfsorganisationen. Die OGP unterhält auch offizielle Partnerschaften mit sieben multilateralen Organisationen, um die Entwicklung und Umsetzung tragfähiger NAP zu unterstützen.

 Stärkung der Bürger auf lokaler Ebene: **PARAGUAY** schafft 50 Räte mit Raum für Dialog und Interaktion zwischen Bürgern und den lokalen Verwaltungen, um den Bürgern die Gelegenheit zu geben mitzuzentscheiden. ★

REAKTIONS- RICHTLINIE

Der Lenkungsausschuss verabschiedete 2014 eine Richtlinie über die Wahrung der Werte und Grundsätze der Open Government Partnership, die Reaktionsrichtlinie. Darin wird anerkannt, dass es Fragen geben kann, die nicht von NAP erfasst sind, aber einen großen Einfluss auf eine erfolgreiche Teilnahme an der OGP haben. Dazu zählen Einschränkungen grundlegender Freiheiten, Informationszugang, die Schließung öffentlicher Räume oder das allgemeine Tätigkeitsumfeld der Zivilgesellschaft. Um die Integrität und Glaubwürdigkeit der OGP zu wahren und damit ihre Zukunft langfristig zu sichern, ist es wichtig, dass die teilnehmenden Staaten die Werte und Grundsätze der Open Government Declaration und der Satzung achten.

Die Reaktionsrichtlinie und die anschließende Recherche und Prüfung werden angestoßen, wenn der Lenkungsausschuss oder die OGP Support Unit ein Schreiben erhält, in dem einer der folgenden Absender seine Sorge über eine für die OGP relevante Situation in einem teilnehmenden Staat ausdrückt: ein anderes Mitglied (Staat oder Zivilgesellschaft) des Lenkungsausschusses, ein multilateraler Partner oder Moderator einer Arbeitsgruppe, eine zivilgesellschaftliche, gemeinnützige oder Medienorganisation, die national oder international in der OGP mitwirkt.



Besseres
Verwaltungshandeln

bei natürlichen Ressourcen:
Die **MONGOLEI**
veröffentlicht Informationen
über Unternehmen und
andere Körperschaften
im Rohstoffsektor, um
Transparenz in Gesundheits-
und Umweltfragen zu
gewährleisten. ★

SUBNATIONALES OGP-PILOTPRO- GRAMM

Im April 2016 gab die OGP 15 lokale Verwaltungen bekannt, die für ein wegweisendes subnationales Pilotprogramm ausgewählt wurden: Austin, USA; Buenos Aires, Argentinien; Bundesstaat Jalisco, Mexiko; La Libertad, Peru; Provinz Ontario, Kanada; São Paulo, Brasilien; Elgeyo-Marakwet County, Kenia; Gemeinde Kigoma, Tansania; Sekondi-Takoradi, Ghana; Madrid, Spanien; Paris, Frankreich; Schottland, Vereinigtes Königreich; Regierungsbezirk Bojonegoro, Indonesien; Seoul, Südkorea, und Tiflis, Georgien.

Das Programm ermöglicht es der OGP, erfolgreiche lokale Open-Government-Innovationen zu erschließen und eine



wachsende Anzahl subnationaler Verwaltungen zu unterstützen, die nach neuen Wegen suchen, um mit den Bürgern zu interagieren, Vertrauen aufzubauen, sich neue Technologien zunutze zu machen und so das Leben aller Bürger zu verbessern.

In den nächsten zwei Jahren werden die am Pilotprogramm beteiligten Verwaltungen eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, um für sich konkrete Open-Government-Verpflichtungen zu erarbeiten. Diese werden dann vom IRM der OGP bewertet. Die OGP wird auch ein erweitertes Netzwerk von führenden Einrichtungen im Open Government

unterstützen (andere subnationale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Organisationen). Diese arbeiten mit ihren nationalen Regierungen an subnationalen Verpflichtungen, die in ihr jeweiliges NAP einfließen.

Die Teilnehmer werden eingeladen, sich an Lern- und Netzwerkveranstaltungen zu beteiligen, z. B. weltweiten und regionalen OGP-Gipfeln. Wir hoffen, das subnationale Pilotprogramm wird das Engagement auf subnationaler Ebene stärken und der wachsenden Gemeinschaft von Reformern im Open Government auf kommunaler und regionaler Ebene weitere Unterstützung bieten.

FACHLICHER AUSTAUSCH UND ARBEITSGRUPPEN

Ziel der OGP-Strategie zum fachlichen Austausch und ihrer Arbeitsgruppen ist es, eine aktive und solidarische Gemeinschaft von Reformern weltweit zu schaffen, die sich mit bestimmten Themen befassen und ähnlichen Herausforderungen begegnen. Einige Aktivitäten richten sich an staatliche und zivilgesellschaftliche Kreise, andere gezielt an nur eine der beiden Gruppen.

BEISPIELE FÜR FACHLICHEN AUSTAUSCH 2015:

- Südafrika, Ghana, Sierra Leone, Liberia und Tansania bildeten ein afrikanisches OGP-Gremium, um Erfahrungen und Ideen dazu auszutauschen, wie NAP auf der Grundlage regionaler Herausforderungen entwickelt und umgesetzt werden können.
- Die Philippinen und Sierra Leone sprachen über Ideen, die aus ihren Erfahrungen mit OGP-Verpflichtungen zu Open Data und Korruptionsbekämpfung hervorgingen.
- Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay kamen zu einem Gedankenaustausch zusammen, um ihre Verpflichtungen zu bekräftigen und zu ergründen, wie nachhaltige Entwicklungsziele in ihre NAP einfließen können.

Mit dem OGP-Programm zum fachlichen Austausch sollen auch erfolgreiche Initiativen ermittelt werden, die für andere Staaten angepasst werden könnten. Beispielsweise arbeiteten Mexiko und Kolumbien gemeinsam an Dashboards und anderen Tools für die Verfolgung der Umsetzung ihrer Verpflichtungen. Mexiko stellte dazu den Quellcode seiner Website für die Verpflichtungsverfolgung zur Verfügung.

Die OGP hat sechs Arbeitsgruppen, die den Regierungen helfen, ehrgeizigere Open-Government-Verpflichtungen zu entwerfen und umzusetzen, u.a. durch eine Expertenprüfung der NAP-Entwürfe. Jede Arbeitsgruppe wird von einer an der OGP beteiligten Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisation geleitet, und jeder OGP-Staat bzw. jedes Mitglied der Zivilgesellschaft kann sich beteiligen.

ARBEITSGRUPPEN

AG OPEN DATA

geleitet von der World Wide Web Foundation und der Regierung Kanadas

AG INFORMATIONSZUGANG

geleitet vom Carter Center und dem mexikanischen Bundesinstitut für Zugang zu Informationen und Datenschutz

AG OFFENE FINANZEN

geleitet von der Global Initiative for Fiscal Transparency, Brasiliens Minister für Haushalt und Planung und der International Budget Partnership

AG OFFENE ROHSTOFFPOLITIK

geleitet vom Natural Resources Governance Institute, dem World Resources Institute sowie Indonesien und Mexiko

AG OFFENE LEGISLATIVE

geleitet vom National Democratic Institute und dem chilenischen Nationalkongress

AG KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

geleitet von Transparency International, Open Society Foundations sowie dem Vereinigten Königreich, Georgien und Brasilien



Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit:

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwarf und verabschiedete die **UKRAINE** ein Gesetz zur Öffnung der seit Jahrzehnten gesperrten Sowjet-Archive. ★

OPEN GOVERNMENT AWARDS





Die Open Government Awards werden auf hochrangigen Veranstaltungen wie dem OGP-Weltgipfel und der UN-Generalversammlung präsentiert und sind ein Höhepunkt im OGP-Kalender.

Die Preise werden an Reformer aus Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen verliehen, deren Open-Government-Initiativen zu echten und nachhaltigen Veränderungen im Leben der Menschen geführt haben.

Jedes Jahr sind die Preise einem neuen Thema gewidmet, das sich aus den strategischen Schwerpunkten der OGP, aktuellen Ereignissen sowie den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger weltweit ergibt. Alle Vorschläge werden von einer internationalen Jury geprüft und bewertet. Sie setzt sich aus Vertretern der Regierungen, zivilgesellschaftlicher Organisationen, multilateraler Organisationen, der Wissenschaft und der Geldgeber zusammen. Bei der Preisverleihung stellen die Gewinner ihre Initiativen im TED-Format vor. Ihre Vorträge erscheinen auf der OGP-Website.

Das Thema für 2016 ist „Transparenz zählt“ und die zentrale Frage, wie Transparenz staatlicher Informationen die Rechenschaftslegung, Dienstleistungen und Entscheidungsfindung verbessert hat. Die Gewinner werden auf dem OGP-Weltgipfel im Dezember 2016 in Paris feierlich geehrt.

  Aufdeckung unerlaubter Einflussnahme:
IRLAND setzt sich für die Regulierung des Lobbying und die Enthüllung des Einflusses von Lobbyisten auf politische Entscheidungen ein. ★

DIE ERSTEN DREI PLÄTZE ZUM THEMA BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GINGEN 2014 AN:

Dänemark, wo es älteren Mitbürgern ermöglicht wurde, stärkeren Einfluss auf die Politik der lokalen Verwaltungen zu nehmen

Montenegro, wo es Bürgern ermöglicht wurde, unkontrollierte wirtschaftliche Aktivitäten zu melden und ein gerechteres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen

Die Philippinen, wo die lokalen Verwaltungen und die Zivilgesellschaft gemeinsam Mittel für Entwicklungsprojekte vergaben



DIE ERSTEN DREI PLÄTZE ZUM THEMA BESSERE ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN GINGEN 2015 AN:

Uruguay, wo die Bürger einen beispiellosen Zugang zu den Leistungsindikatoren von medizinischen Einrichtungen erhielten

Indonesien für die Entwicklung einer Partnerschaft, um die schwierigen medizinischen Herausforderungen einer Inselgruppe zu bewältigen

Das Vereinigte Königreich, wo die Bürger die Stadtplanung und ihre Nachbarschaft mitgestalten konnten

ZUDEM EHRTE DIE OGP VIER REGIONALE SPITZENREITER:

Mexiko für die Umgestaltung öffentlicher Kindertagesstätten mit bürgerschaftlichem Engagement

Kroatien für die Einbindung der Bürger als Gestalter, Nutzer und Gutachter öffentlicher Dienstleistungen

Armenien für die Verknüpfung der Bedürfnisse der Bürger mit der institutionellen Entwicklung der lokalen Verwaltungen

Tunesien für mehr Transparenz in der öffentlichen Beschaffung in einem anspruchsvollen politischen Umfeld

OGP-RESSOURCEN

OGP EXPLORER

Ein interaktives Tool, das den Fortschritt von Verpflichtungen nach Staat und Thema verfolgt. Alle Verpflichtungs- und Prozessdaten sind leicht als Diagramme und online abrufbare offene Daten verfügbar.

OPEN GOV GUIDE

Eine Ressource für Menschen, die die Transparenz, Bürgerfreundlichkeit, Rechenschaftslegung und Effektivität ihrer Regierungen und Verwaltungen verbessern möchten. Der Leitfaden wurde mit Partnerorganisationen erstellt und deckt eine breite Palette an sektorübergreifenden und -spezifischen Themen wie Open Data, öffentlicher Raum, Gesetzgebung, Umwelt und Entwicklungshilfe ab. Er skizziert praktische, messbare, konkrete und einforderbare Schritte, die Regierungen und die Zivilgesellschaft berücksichtigen sollten, wenn sie NAP ausarbeiten. Eine Sonderausgabe des Open Gov Guide beschreibt, wie mit NAP die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstützt werden kann.

OGP-BLOG

Eine Webseite über die jüngsten Debatten und Entwicklungen zum Thema Open Government mit Beiträgen von Wissenschaftlern, hochrangigen Beamten, Führungspersonen aus der Zivilgesellschaft, Mitgliedern des OGP-Lenkungsausschusses, Mitarbeitern der Support Unit und anderen Mitgliedern der weltweiten OGP-Gemeinschaft.

OGP-NEWSLETTER UND OGP-MITTEILUNGEN

Abonnieren Sie den OGP-Newsletter (Englisch und Spanisch), um mit aktuellen Informationen zu den jüngsten OGP-Entwicklungen in den Monat zu starten. Die OGP-Mitteilungen, die Mitte des Monats erscheinen, enthalten aktuelle technische und administrative Informationen zu Fristen, Fördermöglichkeiten, veröffentlichten NAP und IRM-Berichten, Kommunikationstools und Stellenangeboten.

MAILINGLISTE ZIVILGESELLSCHAFT

Tragen Sie sich in die Liste ein, und tauschen Sie sich direkt mit über 1.500 Fachleuten weltweit über Ihre Reformbemühungen aus. Schicken Sie dafür eine E-Mail mit dem Betreff „subscribe mailing list“ an info@opengovernmentpartnership.org.

VERANSTALTUNGEN

Die OGP arbeitet mit Gastgeberstaaten und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um mehrere bedeutende Veranstaltungen pro Jahr zu organisieren, darunter auch regionale Treffen und ein Weltgipfel alle zwei Jahre. Hier kommen Reformer zusammen, damit sie Erfahrungen und Tools austauschen und so besser voneinander lernen können. Die OGP-Veranstaltungen schaffen auch Möglichkeiten, sich zu engagieren und sind häufig Initialzündung für neue Verpflichtungen.

WEBINARE

Die OGP organisiert jeden Monat mehrere Webinare, in denen Fachleute innovative Ansätze zur Lösung gemeinsamer Herausforderungen im Open Government diskutieren.

SOCIAL MEDIA

Die Kanäle der OGP auf Facebook, Twitter und YouTube sind eine gute Möglichkeit, sich über Neuigkeiten und Entwicklungen in der Open-Government-Gemeinschaft auf dem Laufenden zu halten.



TEILNEHMERSTAATEN DER OGP



KONTAKT

Wenn Sie mehr über die Open Government Partnership erfahren möchten, wenden Sie sich an die OGP Support Unit.

Open Government Partnership
1110 Vermont Avenue NW
Suite 500 / OpenGov Hub
Washington DC 20005
USA

E-Mail: info@opengovpartnership.org

Telefon: +1 202 609 7859

Web: opengovpartnership.org

Twitter: [@opengovpart](https://twitter.com/opengovpart)

OGP-BROSCHÜRE
DEUTSCH, 2. AUSGABE
OKTOBER 2016

Nicht-amtliche Übersetzung durch den Sprachendienst
des Bundesministeriums des Innern

Open
Government
Partnership

